

Theatererhalterverband an Schüssel

Utl.: Katastrophale Konsequenzen des geplanten Mittelentzuges durch den Bund

Wien, (OTS) Der "Theatererhalterverband Österreichischer Bundesländer und Städte" hat einen Offenen Brief an Bundeskanzler Schüssel gerichtet, in dem er auf die katastrophalen Konsequenzen des Finanzmittelentzuges durch den Bund für die Theater in den Bundesländern hinweist. Die Stadt Wien wäre durch diese Maßnahme durch die Streichung von 35,5 Millionen Schilling für das Theater an der Wien ebenfalls betroffen.

Das Schreiben im Wortlaut:

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler!

Im Zuge der Verhandlungen zu einem neuen Finanzausgleich zwischen Bund, Ländern und Gemeinden wurde seitens des Bundesministeriums für Finanzen u.a. der Vorschlag eingebracht, die Zuschüsse des Bundes zur Theaterführung an die Länder (S 131,000.000,-) und an die Gemeinden (S 165,000.000,-) zur Gänze entfallen zu lassen.

Seitens des Theatererhalterverbandes Österreichischer Bundesländer und Städte muss mit Nachdruck auf die katastrophalen Konsequenzen dieser geplanten Vorgangsweise hingewiesen werden.

Folgende Theater wären davon betroffen:

- o Vereinigte Bühnen Graz
- o Landestheater Linz
- o Landestheater Salzburg
- o Tiroler Landestheater
- o Stadttheater Klagenfurt
- o Theater der Landeshauptstadt St. Pölten
- o Stadttheater Baden und
- o Theater an der Wien

Da es nicht möglich sein wird, und das braucht eigentlich nicht betont zu werden, dass die Länder, Städte oder Gemeinden

einen solchen Ausfall auffangen, würde diese Schritt bedeuten, dass nicht nur etliche Arbeitsplätze verloren gingen, sondern einige Bühnen von der kompletten Schließung unmittelbar bedroht wären. Welche Auswirkungen ein derartiger kultureller Kahlschlag für die österreichische Theaterlandschaft und für das Kulturland Österreich hätte, kann sich jeder vorstellen. Immerhin sind an unseren Theatern 2.500 Menschen direkt beschäftigt, immerhin besuchen im Jahr 1,240.000 Menschen die Theater in den Bundesländern, und es leisten die angeführten Theater mit den Sparten Oper, Operette, Schauspiel und Ballett einen unverzichtbaren Anteil zur künstlerischen Vielfalt und kulturellen Qualität in Österreich. Weiters darf darauf hingewiesen werden, dass diese Theater im Jahr S 700,000.000,- erwirtschaften und es eine klar nachweisbare Umwegrentabilität gibt, wie dies in verschiedenen Studien belegt ist.

Beim ersten Termin am 26. Juni 2000 wurden zwar noch keine Details des Gesamtvorschlages von Finanzminister Mag. Grasser besprochen, ich möchte aber schon jetzt im Namen des Theatererhalterverbandes darauf hinweisen, dass bei allem Verständnis für Sparsamkeit, und das gilt auch für unsere Bühnen, durch eine solche angedachte Maßnahme die Existenz der Theater in den Bundesländern, für die es aus kulturpolitischen Gründen durchaus einen öffentlichen Finanzierungsauftrag gibt, in Frage gestellt würde. Eindringlich ersuche ich daher, von diesem Finanzmittelentzug Abstand zu nehmen.

Mit freundlichen Grüßen

Alfred Stingl

Vorsitzender des Theatererhalterverbandes Österreichischer
Bundesländer und Städte

(Schluss) gab/vo

Rückfragehinweis: PID-Rathauskorrespondenz:

www.wien.at/vtx/vtx-rk-xlink/

Dr. Martin Gabriel

Tel.: 4000/81 854

e-mail: gab@gku.magwien.gv.at

*** OTS-ORIGINALTEXT UNTER AUSSCHLISSLICHER INHALTLICHER

VERANTWORTUNG DES AUSENDERS ***

OTS0229 2000-07-04/15:45

041545 Jul 00

Link zur Aussendung:

http://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20000704_OTS0229